



EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT POLITIQUE FÉDÉRAL  
 DIPARTIMENTO POLITICO FEDERALE

o.320.016.- VH/bi.

Berne, le 18 novembre 1970

Distribuée

A u C o n s e i l f é d é r a l

**noté**

Interpellation Allgöwer.  
 Collaboration internationale en vue  
 de la protection de l'environnement.

Le 21 septembre 1970, Monsieur Allgöwer, Conseiller national, a fait, avec l'appui de treize cosignataires, la demande d'interpellation ci-jointe.

Le Département politique a l'honneur de

p r o p o s e r

de répondre à cette interpellation selon le projet également ci-annexé.

DEPARTEMENT POLITIQUE FEDERAL

Annexes:

texte de l'interpellation  
 projet de réponse

Extrait du procès-verbal:

- au Département politique, en 10 exemplaires
- au Département de l'intérieur, pour information
- au Département des finances et des douanes, pour information
- au Département de l'économie publique, pour information
- à la Chancellerie fédérale, pour la suite à donner

NATIONALRAT

Interpellation Allgöwer,  
vom 21. September 1970

---

223. (10665) I Allgöwer - Internationale Zusammenarbeit für  
Umweltschutz

---

Durch die Welt und durch unser Land geht ein zunehmendes Erschrecken über die nicht bewältigten Folgen der technischen Entwicklung. Es stellen sich gewaltige Aufgaben, die nur durch internationale Zusammenarbeit zu lösen sind. Die Schweiz sollte die Initiative ergreifen und wie seinerzeit beim Rotkreuz-Gedanken eine Sonderleistung vollbringen.

Ich frage daher den Bundesrat an:

1. Ist er bereit, ein Internationales Institut für Erforschung und Bekämpfung von Umweltschäden zu planen und zusammen mit andern Ländern zu verwirklichen?
2. Ist er bereit, internationale Konferenzen zur Bekämpfung von Umweltschäden zu organisieren und die Kosten zu Lasten der Bundeskasse zu übernehmen?
3. Ist er bereit, Bundesgelder zur Verfügung zu stellen, damit wichtige Ergebnisse der Umweltforschung der Öffentlichkeit bekannt gegeben und die Menschen vor Schäden gewarnt werden können?

Die Interpellation wird unterstützt von den Herren:

Bächtold-Bern, Bill Max, Gehrig, Gerosa, Huber, Ketterer, Kloter, Rasser, Schmid Werner, Staehelin, Suter, Tanner, Vontobel.

Entwurf einer Antwort auf die Interpellation Allgöwer  
vom 21. September 1970

(Internationale Zusammenarbeit für Umweltschutz)

---

Herr Allgöwer liess sich bei seiner Interpellation von sehr begrüßenswerten Motiven leiten. In der Tat bergen die Verschmutzungen aller Art, die Anhäufung fester Abfallstoffe, die Verkehrszusammenballung in unseren Städten, kurz alles was man als die "Aggressionen" der modernen Gesellschaft bezeichnen kann, derartige Gefahren für die Gesundheit und das menschliche Wohlergehen in sich, dass der Gedanke verlockend ist, die Schweiz könnte in der sich uns aufdrängenden gemeinsamen Abwehr eine führende Rolle übernehmen, ähnlich wie sie dies bereits unter dem Zeichen des Roten Kreuzes getan hat.

Wenn aber unser Land in seiner Sorge um das Schicksal der Opfer internationaler Auseinandersetzungen auch tatsächlich Pionierarbeit zu leisten vermochte, so verhält es sich bei den Umweltsproblemen doch etwas anders. Auf diesem Gebiet hat sich die internationale Zusammenarbeit im Verlauf der letzten Jahre bereits derart intensiviert, dass man sich ernsthaft fragen muss, ob in Anbetracht ihrer Komplexität eine weitere Verstärkung überhaupt noch sinnvoll wäre.

Es scheint mir deshalb, dass sich unser Land hüten sollte, auf einem Gebiet neue Initiativen zu ergreifen, wo die Gefahr von Doppelspurigkeiten - dies letztlich sehr zum Nachteil des angestrebten Ziels - ohnehin gross ist. Wir stehen mit unseren Befürchtungen nicht allein. Verschiedene Regierungen haben uns schon gebeten, sie in ihren Vorstössen innerhalb intergouvernementaler Institutionen zur Rationalisierung und besseren Koordination der Arbeiten zu unterstützen. Diese Sorge ist umso gerechtfertigter als die wenigsten Staaten über die notwendige Anzahl von Experten verfügen, die die unerlässlichen Massnahmen auf nationaler Ebene an die Hand nehmen und gleichzeitig eine wirksame Vertretung im Ausland gewährleisten können. Das trifft insbesondere für unser eigenes Land zu.

All dies wird uns nicht davon abhalten, ganz im Gegenteil, bei sich bietender Gelegenheit der internationalen Gemeinschaft unsere moralische und materielle Unterstützung anzubieten. Unsere Interventionen dürfen aber bereits begonnene Arbeiten nicht hemmen, sondern müssen vielmehr auf diese abgestimmt sein.

Es scheint mir nützlich, Ihnen hier einen summarischen Ueberblick zu geben über die wichtigsten Initiativen, denen wir uns bisher angeschlossen haben.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der 19 europäische Staaten sowie die USA, Kanada und Japan angehören und in der Jugoslawien als Beobachter vertreten ist, befasst sich seit langem mit dem Schutz der natürlichen und materiellen Umwelt des Menschen und verfügt auf diesem Gebiet bereits über eine beachtenswerte Erfahrung. Schon seit mehreren Jahren bearbeitet sie Fragen der Luft- und Wasserverschmutzung sowie Lärm-, Verkehrs- und Raumgestaltungsprobleme. Im Mai hat die auf Ministerebene tagende OECD beschlossen, die Arbeiten künftighin noch auf breiterer Basis weiterzuführen. Zu diesem Zwecke wurde im Juli 1970 ein eigener Umweltausschuss eingesetzt, der die wirtschaftlichen und kommerziellen Auswirkungen der Umweltpolitik bewerten, die Massnahmen auf die Zielsetzungen der Wachstumspolitik abstimmen und konkrete Lösungen auf internationaler Ebene vorschlagen soll. Die Schweiz hat sehr aktiv an den Gesprächen teilgenommen, die zur Gründung des Umweltausschusses führten. Sie ist bestrebt, ihn auch in Zukunft wirksam zu unterstützen.

Die siebzehn Mitgliedstaaten des Europarates (die mit Ausnahme von Zypern und Malta alle auch der OECD angehören) haben den Umweltsfragen stets grosse Beachtung geschenkt, sei es in der Beratenden Versammlung, im Ministerkomitee, in mehreren seiner Expertenausschüsse, so in erster Linie im europäischen Komitee für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen, oder in der europäischen Konferenz der Gemeindebehörden. Zu Beginn dieses Jahres, das auf Anregung des Rates der Natur gewidmet ist, fand in der elsässischen Hauptstadt eine europäische Naturschutzkonferenz statt. Die "Strassburger Erklärung" hat in der Öffentlichkeit ein überaus starkes Echo ausgelöst. Einer der Vorschläge sieht die baldige Einberufung einer



Konferenz der für den Umweltschutz verantwortlichen Fach-Minister vor. Das Ministerkomitee will diesem Wunsch entsprechen, hat das Datum aber auf einen Zeitpunkt nach der im Jahre 1972 in Stockholm stattfindenden Generalversammlung der Vereinten Nationen über Umweltsfragen festgelegt, um die Vorbereitungsarbeiten für diese letztere nicht zu stören.

Da die Umweltsprobleme notwendigerweise sehr eng mit jenen der Landschaft zusammenhängen, schenkt der Europarat auch dem Schutz und der Gestaltung des Raums seine volle Aufmerksamkeit.

Unser Land beteiligt sich sehr intensiv an den Arbeiten des Rates auf diesen beiden Gebieten. Gegen Ende des letzten Sommers nahmen wir an der europäischen Konferenz der für die Fragen der Raumordnung verantwortlichen Minister teil. In ungefähr zwei Jahren wird voraussichtlich in Frankreich eine zweite derartige Zusammenkunft stattfinden. Ein weiteres Nachbarland hat sich angeboten, die künftige Konferenz über die natürlichen Umweltsbedingungen aufzunehmen.

Zusammen mit acht andern Nicht-Mitglied-Staaten beteiligt sich die Schweiz an der Ausarbeitung wissenschaftlicher und technischer Projekte der Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaften. Verschiedene Teilgebiete beziehen sich auf Probleme der Umwelt. Ebenfalls auf europäischer Ebene verdienen die Arbeiten der Verkehrskonferenz, der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt und der Internationalen Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung erwähnt zu werden. Schliesslich möchte ich nicht verfehlen, noch auf die bilaterale Zusammenarbeit mit unsern Nachbarländern insbesondere zum Schutze des Bodensee-, Genfersee-, Langensee- und Luganerseewassers hinzuweisen.

Im Rahmen der Vereinten Nationen möchte ich vorerst, um noch auf der regionalen Ebene zu bleiben, die Bedeutung der Arbeiten der Wirtschaftskommission für Europa unterstreichen. Obwohl nur Beobachter, haben wir doch Gelegenheit, mit den meisten ost- und westeuropäischen Staaten an den Vorbereitungen einer für das nächste Frühjahr in Prag vorgesehenen Umweltskonferenz mitzuarbeiten. Der Bundesrat legt Wert darauf, sich an dieser Tagung vertreten zu lassen.

Die meisten Spezial-Organisationen der Vereinten Nationen von weltweitem Charakter befassen sich entsprechend ihrer jeweiligen Zweckbestimmung mit der Umwelt. Ich denke dabei an die UNESCO - die ein umfangreiches Programm über den "Menschen und die Biosphäre" bearbeitet - die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft, die Meteorologische Organisation, die Internationale Atomenergie-Agentur - Atommüll! - die Internationale Zivilluftfahrtorganisation - Fluglärm! - die Zwischenstaatliche Beratende Schiffahrtsorganisation - Verschmutzung des Meerwassers! - die Internationale Arbeitsorganisation - Arbeitnehmerschutz! - und andere mehr. Wir arbeiten überall mit.

Als bemerkenswertes Beispiel dieser vielschichtigen Zusammenarbeit möchte ich Ihnen einen Beitrag nennen, den der Bundesrat seit 1968 an die Bemühungen der Weltgesundheitsorganisation leistet, deren Beitrag im Kampf um die Erhaltung der Umwelt zweifellos am grössten ist. Es handelt sich um das auf Anregung der OMS bei der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz in Zürich geschaffene Internationale Referenz-Zentrum für Abfallbeseitigung. Ohne die finanzielle Hilfe des Bundesrates hätte dieses nach dem Muster ähnlicher, in der übrigen Welt bereits bestehender Organe aufgebaute Zentrum nicht verwirklicht werden können, noch wäre es in der Lage, seine Tätigkeit weiterzuführen. Der Beitrag belief sich im Jahre 1968 auf 60'000 und 1969 auf 260'000 Franken; für 1970 wird es die gleiche Summe sein. Dieses Zentrum ist nicht nur dazu bestimmt, Informationen zu sammeln und zu verarbeiten, sondern auch dazu, eigene Studien durchzuführen, Ratschläge zu erteilen, an der Verbesserung der Abwehrmethoden gegen die beängstigende Ausmasse annehmende Umweltschmutzung beizutragen - denken wir dabei nur an die von ausrangierten Fahrzeugen herrührenden Unmengen von Schrott. Es braucht kaum eigens hervorgehoben zu werden, dass die Einladung der OMS an die Schweiz zur Verwirklichung dieses Projektes als Beweis der Wertschätzung gegenüber unserm Land und dem unter der Aegide der ETH stehenden Institut angesehen werden muss.

Die Fülle all dieser Studien beinhaltet ein gewaltiges Arbeitsvolumen für die vorhin erwähnte Umweltskonferenz der Vereinten

Nationen, die gestützt auf eine Anregung Schwedens in Stockholm zusammentreten wird. Da die Schweiz nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, war ihr eine Beteiligung im Organisationskomitee versagt. Eine zweifellos bedauerliche Tatsache. Der Bundesrat wird sich aber an der Konferenz durch eine angemessene Delegation vertreten lassen.

Die von Herrn Allgöwer aufgegriffene Idee bezüglich Gründung eines Internationalen Instituts für die Erforschung und Bekämpfung von Umweltsschäden wird sicher zusammen mit ähnlichen, bereits anderweitig gemachten Anregungen in Stockholm zur Sprache kommen. Dies scheint mir der Ort und der Zeitpunkt zu sein, wo in erster Linie die Möglichkeit zu prüfen sein wird, ob eine neue Organisation gegründet, ob auf eine bereits bestehende Organisation zurückgegriffen oder ob ein Ausschuss der Vereinten Nationen wirkungsvoller als bisher mit der Koordination der einschlägigen Arbeiten beauftragt werden soll. Unsere Delegation wird sich tatkräftig an diesen Untersuchungen beteiligen.

Es ist indessen durchaus möglich, dass in Stockholm tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Nationen auftreten werden. Beispielsweise dürfte von seiten der Entwicklungsländer das Postulat des Umweltsschutzes vor der gebieterischen Notwendigkeit der Industrialisierung in die zweite Priorität zurückgedrängt werden. Ueberdies könnten die Regierungen dieser Länder die Kosten der Schutzmassnahmen als masslos übertrieben beurteilen. Die Lösung des Problems liesse sich vielleicht je nach Länderkategorie auf verschiedenen Wegen finden - für uns allenfalls über eine besonders enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der OECD und des Europarates.

Jedenfalls werden wir die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit sehr aufmerksam verfolgen, denn wir sind uns der Bedeutung dessen, was auf dem Spiele steht, des Ernstes der Gefahr und der Notwendigkeit, hier Abhilfe zu schaffen, durchaus bewusst. Sofern der Gedanke zur Gründung einer neuen Organisation Gestalt annehmen sollte, würden wir nicht verfehlen, die Möglichkeit zu



prüfen, sie allenfalls in unser Land aufzunehmen. Ueberdies sind wir auch in Zukunft gerne bereit, sofern sich ein Bedürfnis abzeichnen sollte, weitere internationale Zusammenkünfte zu organisieren.

Ich habe noch den dritten Punkt der Interpellation Herrn Allgöwers zu beantworten, in dem er anregte, die Eidgenossenschaft möge einen Teil ihrer finanziellen Mittel dazu verwenden, in der Oeffentlichkeit wichtige Elemente der Umweltforschung hinzuweisen und die Menschen auf die drohenden Schädigungen aufmerksam zu machen. Es ist zu sagen, dass die internationalen Organisationen eine umfangreiche Dokumentation über die Umweltsprobleme geschaffen haben, die zum grossen Teil der Oeffentlichkeit zur Verfügung steht. Verschiedene Regierungen haben Untersuchungen allgemeinen Charakters oder Studien zu einzelnen Problemen veröffentlicht. (Mit Bezug auf die Schweiz erinnere ich Sie an die Berichte des Justiz- und Polizeidepartements über die Lärmbekämpfung, an diejenigen der Eidgenössischen Kommission für Lufthygiene und die Jahresberichte der Eidgenössischen Kommission für Strahlenschutz.) In der Tages- und Fachpresse sowie am Radio und Fernsehen wurde das Thema schon ausführlich behandelt und wird weiterhin zur Diskussion stehen. Zahlreiche Bücher sind dazu erschienen, und eine ganze Reihe von Fachschriften haben ihre Spalten in Aufsätzen oder ganzen Sondernummern den Umweltsproblemen gewidmet. Trotz all dem teilen wir die Ansicht von Herrn Allgöwer, dass es notwendig ist, die Oeffentlichkeit noch mehr darüber aufzuklären. Wir werden diese Frage sehr ernsthaft prüfen, sobald wir die Ausarbeitung der Massnahmen zum Vollzug von Artikel 24septies der Bundesverfassung über den Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt gegen schädliche oder lästige Einwirkungen an die Hand nehmen können. Alsbald nach der Genehmigung dieses neuen Artikels durch die beiden Räte werden wir uns, dessen bin ich sicher, gemeinsam dafür einsetzen, dass er auch die Zustimmung des Volkes finden wird.



CONSEIL NATIONAL

Interpellation Allgöwer,  
du 21 septembre 1970

---

223. (10665) I Allgöwer - Collaboration internationale en  
vue de la protection de l'environnement

---

Le monde entier et notre pays en particulier éprouvent un sentiment d'effroi devant les conséquences du progrès technique, qu'on n'a pas encore réussi à maîtriser. Les tâches énormes qui en découlent ne peuvent être remplies que par une coopération internationale. La Suisse devrait en prendre l'initiative et, comme jadis pour la Croix-Rouge, faire un effort particulier pour lancer cette idée.

Le Conseil fédéral est invité en conséquence à répondre aux questions suivantes:

1. Est-il prêt à établir un projet relatif à la création d'un Institut international pour la recherche et les mesures à prendre en matière de protection de l'environnement, et à réaliser ce projet de concert avec d'autres pays?
2. Est-il prêt à organiser des conférences internationales pour lutter contre les atteintes portées à l'environnement et à mettre les frais de ces conférences à la charge de la caisse fédérale?
3. Est-il prêt à mettre des fonds de la Confédération à disposition pour que les résultats importants de la recherche en matière de protection de l'environnement puissent être portés à la connaissance du public et que les gens soient mis en garde contre les dangers auxquels ils sont exposés?

La demande d'interpellation est appuyée par MM.:

Bächtold-Berne, Bill Max, Gehrig, Gerosa, Huber, Ketterer,  
Kloter, Rasser, Schmid Werner, Staehelin, Suter, Tanner, Vontobel.

Projet de réponse à l'interpellation Allgöwer,  
du 21 septembre 1970

(Collaboration internationale  
pour la protection de l'environnement)

---

Les intentions exprimées par M. Allgöwer dans son interpellation sont généreuses. Devant les dangers que représentent pour la santé et le bien-être humains les pollutions de toutes sortes, l'accumulation des déchets solides, la congestion de la circulation dans nos cités, tout ce qu'on a appelé les "agressions" de la société moderne, il est séduisant de penser que la Suisse pourrait jouer un rôle d'avant-garde dans la lutte commune qui s'impose, à l'instar de la mission qu'elle a accomplie sous le signe de la Croix-Rouge.

Cependant, si notre pays a pu faire oeuvre de pionnier en se préoccupant du sort des victimes des conflits internationaux, il en irait autrement pour l'environnement. A cet égard, en effet la collaboration internationale s'est développée si intensément au cours des dernières années qu'on doit se demander si elle n'a pas atteint une complexité telle qu'il serait peu judicieux de l'accroître encore.

Je pense donc que notre pays devrait se garder de lancer de nouvelles initiatives dans un domaine où il y a déjà menace de doubles emplois, au détriment, en définitive, des buts à atteindre. Les préoccupations que nous avons sont partagées par plusieurs gouvernements; l'un ou l'autre d'entre eux nous ont demandé d'appuyer leurs démarches au sein des institutions intergouvernementales pour rationaliser et mieux coordonner les travaux. Ce souci est d'autant plus légitime que peu d'Etats disposent d'un nombre d'experts suffisant pour, d'une part, mener à bien les opérations indispensables sur le territoire national et, d'autre part, les représenter efficacement à l'étranger. C'est le cas, notamment, de notre propre pays.

Cela ne nous empêchera pas, bien au contraire, si une occasion favorable se présente, d'offrir notre concours moral et matériel

à la collectivité internationale. Il faudra simplement que notre intervention ne gêne pas les réalisations déjà entreprises, mais s'harmonise à ce qui est en cours.

Il me paraît utile d'exposer sommairement les principales initiatives auxquelles nous sommes d'ores et déjà associés.

L'Organisation de coopération et de développement économiques, qui réunit dix-neuf Etats européens, les Etats-Unis d'Amérique, le Canada et le Japon, et où siège en qualité d'observateur la Yougoslavie, se préoccupe depuis longtemps de la protection de l'environnement naturel et matériel de l'homme et a déjà acquis une expérience appréciable dans ce domaine. Elle a effectué, depuis plusieurs années, des travaux sur la pollution de l'air et des eaux, le bruit, les problèmes de transport et d'aménagement urbain. En mai 1970, le Conseil de l'OCDE, siégeant au niveau des Ministres, a décidé que ces travaux seraient poursuivis selon des orientations désormais plus larges. A cet effet, un Comité de l'environnement a été créé en juillet 1970. Ses travaux viseront à apprécier les implications économiques et commerciales des politiques de l'environnement, à relier ces actions aux objectifs qualitatifs des politiques de croissance et à suggérer des solutions concertées sur le plan international. La Suisse a pris une part très active aux échanges de vues ayant présidé à la création du Comité de l'environnement et elle entend lui apporter, à l'avenir aussi, un concours soutenu.

Les dix-sept pays membres du Conseil de l'Europe (tous, sauf Chypre et Malte, font aussi partie de l'OCDE) ont marqué un grand intérêt pour l'environnement, que ce soit à l'Assemblée consultative, au Comité des ministres, dans plusieurs de ses comités d'experts, au premier chef dans le Comité européen pour la sauvegarde de la nature et des ressources naturelles, ou à la Conférence des pouvoirs locaux. Au début de cette année vouée, sur l'initiative du Conseil, à la Nature, une Conférence européenne sur la conservation de la nature a siégé dans la capitale alsacienne. La "Déclaration de Strasbourg" a éveillé un large écho dans l'opinion publique.



L'une des propositions qui y sont contenues tend à la réunion prochaine d'une conférence au niveau des ministres chargés de la protection de l'environnement. Le Comité des ministres du Conseil a décidé de répondre à ce vœu, mais a fixé la date de la réunion après une conférence générale des Nations Unies qui se tiendra en 1972, afin de ne pas gêner la préparation de cette dernière.

Parallèlement, le Conseil de l'Europe porte beaucoup d'intérêt à l'aménagement du territoire, domaine inséparable de celui de l'environnement.

Notre pays apporte un concours constant et soutenu aux travaux du Conseil dans les deux domaines. A la fin de l'été dernier, nous avons participé à Bonn à la Conférence des ministres européens responsables de l'aménagement du territoire. Il y aura dans deux ans environ une seconde réunion, probablement en France. Un autre de nos voisins s'est offert à accueillir la future Conférence sur l'environnement naturel.

Avec huit autres Etats non membres, la Suisse a été associée à la préparation des projets de coopération scientifique et technique des Communautés européennes, dont plusieurs secteurs appartiennent à l'environnement. Sur le plan européen toujours, il convient de mentionner encore les travaux de la Conférence des ministres des transports, ceux de la Commission centrale du Rhin et de la Commission internationale pour la protection des eaux du Rhin. Je tiens aussi à rappeler nos coopérations bilatérales avec nos voisins, notamment pour la protection du lac de Constance, du Léman, du lac Majeur et du lac de Lugano.

Passant au système des Nations Unies tout en restant sur le plan régional, je soulignerai la portée des travaux de la Commission économique pour l'Europe. Nous y avons statut d'observateur et l'occasion de collaborer avec la plupart des pays européens de l'Est et de l'Ouest aux préparatifs d'une Conférence sur l'environnement qui doit avoir lieu, le printemps prochain, à Prague, et à laquelle le Conseil fédéral tiendra certainement à se faire représenter.

La plupart des institutions spécialisées des Nations Unies de caractère universel se vouent elles aussi, selon leur vocation propre, à l'environnement. Il en va ainsi de l'UNESCO - qui a élaboré un vaste programme sur "l'homme et la biosphère" - , de l'Organisation pour l'alimentation et l'agriculture, de l'Organisation météorologique, de l'Agence internationale de l'énergie atomique - déchets radioactifs! - , de l'Organisation de l'aviation civile - bruit des avions! - , de l'Organisation consultative de la navigation maritime - pollution des océans! - , de l'Organisation du travail - protection des travailleurs! - et d'autre encore. Nous collaborons à toutes.

A titre d'exemple notable de ces multiples collaborations, je voudrais vous citer une contribution que le Conseil fédéral apporte, depuis 1968, à l'oeuvre de l'Organisation mondiale de la santé, dont la participation à la lutte pour la protection de l'environnement est évidemment l'une des plus importantes. Il s'agit de la création, auprès de l'Institut fédéral pour l'aménagement, l'épuration et la protection des eaux, à Zurich, d'un centre international de référence pour l'élimination des déchets. Demandé par l'OMS sur le modèle d'autres centres analogues déjà existants ailleurs dans le monde, ce centre n'a pu être réalisé et ne pourra poursuivre son activité qu'avec l'aide financière du Conseil fédéral. Celle-ci a été de 60.000 francs en 1968, puis de 260.000 francs pour 1969, et sera du même montant en 1970. Ce centre est destiné, non seulement à recueillir et à diffuser des informations, mais à entreprendre des études, à donner des conseils, à contribuer à l'amélioration des méthodes de défense, dans un domaine de pollution dont vous savez qu'il est inquiétant - il n'est que de penser aux amas de ferrailles provenant des véhicules hors d'usage. Inutile de vous dire qu'en s'adressant à la Suisse pour l'exécution de ce projet, l'OMS a eu un geste flatteur à l'égard de notre pays et de l'Institut fédéral placé sous l'égide de l'Ecole polytechnique fédérale.

Le faisceau de toutes ces études formera un immense matériel de travail pour la Conférence des Nations Unies sur le milieu

humain, que j'ai mentionnée tout à l'heure. Due à une initiative de la Suède, elle se réunira à Stockholm. Comme la Suisse n'est pas membre des Nations Unies, elle n'a pu prétendre à faire partie du Comité d'organisation. Ce fait est sans doute regrettable. Mais le Conseil fédéral se fera représenter à la Conférence par une délégation adéquate.

L'idée préconisée par M. Allgöwer de créer une institution internationale de recherche dans le domaine de l'environnement et pour la protection de celui-ci, sera certainement reprise à Stockholm avec d'autres du même genre, déjà émises ailleurs. C'est bien, à mon avis, le lieu et le moment où il conviendra d'étudier en premier lieu l'éventualité, soit de fonder une nouvelle organisation, soit de recourir à une organisation déjà existante, soit enfin de charger un Comité des Nations Unies de coordonner le travail plus efficacement que jusqu'à présent. Notre délégation s'y emploiera activement.

Il est possible d'ailleurs que des divergences de vues assez profondes surgissent à Stockholm entre nations. Du côté des pays en voie de développement, par exemple, la nécessité impérieuse de l'industrialisation pourrait faire passer au second plan la défense de l'environnement. Le coût des mesures de protection peut, en outre, sembler excessif aux gouvernements de ces pays. En sorte que la solution des problèmes devrait être éventuellement cherchée sur des voies différentes selon les pays, pour nous ainsi par une coopération particulièrement étroite des pays de l'OCDE et du Conseil de l'Europe.

Nous serons en tout cas très attentifs aux développements de la collaboration internationale, car nous sommes convaincus de l'importance des enjeux, de la gravité des dangers et de la nécessité de remédier à ceux-ci dans le plus bref délai. Si le projet de créer un organisme nouveau se précise, nous ne manquerons pas d'étudier la possibilité de l'accueillir, le cas échéant, sur le territoire de la Confédération. De même, c'est très volontiers qu'à l'avenir



nous offrirons, si besoin en est, d'organiser d'autres rencontres internationales.

Il me reste à répondre au troisième point de l'interpellation de M. Allgöwer, qui a suggéré que la Confédération utilise une partie de ses ressources financières à faire connaître à l'opinion publique les éléments importants des recherches sur l'environnement et à mettre les hommes en garde contre les dommages qui les menacent. A vrai dire, une vaste documentation sur l'environnement a été constituée par les organisations internationales et se trouve en grande partie à la disposition du public. Plusieurs gouvernements ont publié des études d'ordre général ou des monographies (je vous rappelle, quant à la Suisse, les rapports du Département de justice et police sur la lutte contre le bruit, de la Commission fédérale pour l'hygiène de l'air ainsi que les rapports annuels de la Commission fédérale de la protection contre les radiations). La presse hebdomadaire ou périodique, la radio et la télévision ont traité abondamment du sujet et continuent à le faire. De nombreux livres ont été publiés, quantité de revues ont consacré des articles ou des numéros spéciaux à l'environnement. En dépit de tout cela, nous partageons l'avis de M. Allgöwer sur la nécessité d'éclairer davantage encore l'opinion publique. C'est une question que nous étudierons très sérieusement au moment où il s'agira d'élaborer les mesures d'exécution de l'article 24 septies de la Constitution fédérale relatif à la protection de l'homme et de son milieu naturel contre les atteintes nuisibles ou incommodantes. Lorsque cette nouvelle disposition aura été approuvée par les Chambres, nous nous emploierons ensemble, j'en suis sûr, à la faire adopter par le peuple.